



Stetthärtiger Wissenspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb und  
Porto 2 Thlr. 11/4 Sgr. Inserationsgebühr für den Raum einer  
fünfseitigen Seite in Peitschrift 1 1/4 Sgr.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 206. Mittag-Ausgabe.

Siebzehnzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 3. Mai 1865.

## Preußisch.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

44. Sitzung des Hauses der Abgeordneten (2. Mai).  
Eröffnung 10 1/2 Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Ministerialen  
der Handelsminister Graf Ikenpliz und der Major v. Hartmann; später der  
Kriegsminister v. Roon.

Präsident Grabow zeigt den Eintritt des Abg. v. Mittelstädt in das  
Haus an.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation des Abg.  
Dr. Hammacher, welche der hr. Handelsminister heute zu beantworten sich  
erklärt, nachdem das Staatsministerium den Gegenstand derselben in-  
zwischen in Beratung geogen hat.

Der Interpellant Abg. Dr. Hammacher motiviert seine Interpellation.  
Er weist nach, daß die Staatsregierung durch den Vertrag mit der Bergisch-  
Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft vom 7. Mai 1864 sich verpflichtet hat, die  
Kubort-Krefeld-Gladbach und Aachen-Düsseldorf Eisenbahn anzulaufen  
und zu verlaufen, so wie die in den Staats-Verträgen vom 26. u. 29. Septem-  
ber 1849 erworbene Rechte auf den Bezug einer eventuellen Super-  
Dividenden-Rente unter gleichzeitiger Beseitigung der Staats-Zinsgarantie  
aufzugeben. Zur Hinblit auf § 99 u. § 103 der Verf.-Urturteile fragt er, ob  
die Regierung die Recht hat, den Vertrag vom 7. Mai 1864 dem Landtag  
zur Genehmigung vorzulegen, und wenn nicht, warum nicht. Er weist auf  
das Gefährlich des Przedens hin, wenn die Regierung ohne eine solche  
Genehmigung über die Staatsbahnen verfügt und die bezüglichen Verträge  
modifiziert.

Handelsminister Graf Ikenpliz: Es liegt niemals in der Absicht der  
königl. Staatsregierung, irgend einen Schrift zu thun, der nach der Ver-  
fassung der Landesvertretung zulässt. Die Staatsregierung hat auch in  
diesem Falle ausdrücklich erwogen, ob eine Veranlassung vorliege, den Ver-  
trag den Häubern des Landtags zur Genehmigung vorzulegen. Sie hat aber  
in der Verfassung keinen Paragrafen finden können, der dazu verpflichtete.  
Der Interpellant hat zu ermahnen vergessen, daß für diese kleine Bahn,  
welche zu jener gehört, die sich auf die Dauer selbstständig nicht halten kön-  
nen, ohne von einer grüheren Bahn abgetragen zu werden, der Staat bisher  
1,200,000 Thlr. Garantiezuschüsse hat zahlen müssen; jetzt aber, nach dem  
Vertrag, steht dieser Bahn aus der Staatskasse nichts zu. Durch diesen  
Vertrag entsteht für die Staatskasse weder eine Ausgabe, noch eine Ein-  
nahme, wovon der § 99 der Verfassung spricht. Eben so wenig aber ist eine  
Anleihe gemacht, wovon im § 103 die Rede ist, noch eine Zinsgarantie über-  
nommen. Im Gegenteil sind wir von einer lastigen Zinsgarantie frei ge-  
worden. Der Vertrag ist nützlich und vorbehalt, ohne irgend eine Be-  
stimmung zu enthalten, die eine Zustimmung der Landesvertretung noth-  
wendig und erforderlich gemacht hätte.

Präsident Grabow erklärt die Interpellation damit für erledigt und geht  
zum zweiten Gegenstande der Tagesordnung, zur Fortsetzung der Militär-  
Debatte über. Nach der Rednerliste erhält zuerst das Wort:

Abg. v. Blaundenburg: Es ist Syl geworden, daß alle Redner ihre  
Ausführungen beginnen: "M. h.! Ich bin überzeugt, daß ich Sie nicht  
werde überzeugen können." Ich, m. h., bin von meiner Sache so über-  
zeugt, daß ich mir schmeichele. Ich im Gegensaß zu den Andern überzeugt,  
zu wollen! Ich kann es zunächst nur billigen, daß die  
Regierung bisher keine Concessions gemacht hat. Am Sonnabend haben  
uns die Vertreter der demokratischen Partei, die Abgeordneten Jacoby, Jung  
und v. Kirchmann gesagt: Es gibt hier keine Möglichkeit eines Compro-  
misses; wir kennen nur ein Entweder — Oder; entweder ein königl. preu-  
sisches Soldatenheer, organisiert von St. Majestät dem Könige von Preußen,  
oder ein Volksheer, organisiert von der Majorität dieses Hauses. (Anhaltende  
Heiterkeit.) Herr Stegler sagt, daß Herz der Demokratie sei, wo die Fahnen  
Preußens flattern. War das etwa 1848 der Fall? War das Herz der Demo-  
kratie in Baden und Dresden bei unseren Fahnen? Sie schelten auf ein  
Adelsheer. Was denken Sie denn eigentlich von und unter dem preußischen  
Adel? Sehen Sie doch einmal uns an. (Heiterkeit.) Sollen wir uns etwa  
urterteilen Vorfahren schämen? (Unruhe!) Dann sagen Sie, die Neorganisa-  
tion stünde gegen den Geist der Landwehr und gegen die Schöpfungen Stein's  
und Scharnhorst's. Ja, m. h., die Neorganisa-  
tion will ja nur die Land-  
wehr im Sinne Scharnhorst's wieder herstellen. (Heiterkeit.) Sie greifen  
selbst die Autorität des höchsten Gerichtshofes an; ich hatte immer gedacht,  
dieser Gerichtshof erkenne nach den Gesetzen, nicht nach der Strömung der  
politischen Parteien; wie deutet sich der Herr v. Kirchmann einen solchen  
Gerichtshof, der aus Demokraten zusammengesetzt ist?

Solche Ausführungen können dem Anhänger des höchsten Gerichtshofes nicht  
förderlich sein. Sie erinnern an die Niedrungen der Armee von 1806! Denken Sie denn nicht daran, m. h., daß jene Armee unter Anderen auch  
durch die zu kurze Dienstzeit zu der Deroute gekommen ist? Sie sagen, die  
Neorganisa-  
tion begünstige das adlige Offizier-Corps. Da gebe ich zu be-  
denken, daß vor der Neorganisa-  
tion das Verhältnis der Bürgerlichen zu den  
Adeligen war wie 2 : 4, jetzt ist es wie 3 : 4. Ueberhaupt, wie können Sie  
denn unsere Armeeverfassung von Ihrem Standpunkt aus so angreifen, wie  
Sie es thun? Denn ich kenne keine Armeeverfassung, welche auf breiteren  
demokratischen Grundsteinen ruht, als die unsrige. (Heiterkeit.) Herr von  
Bockum-Dolfi findet in den Erfolgen des letzten Krieges Argumente für  
die zweijährige Dienstzeit; glauben Sie mir, die junggedienten Mannschaften  
verdienst alles Lob, das sie so tapfer mitgegangen, insbes. wären sie allein  
gewesen, ohne die Altdiensten, sie hätten es nicht gekonnt. (Schallendes  
Gelächter.) Es gibt Leute im Lande, m. h., das weiß ich, die von der  
Fortdauer des Conflictes den allerhöchsten Erfolg erwarten, das sind die  
Abholzisten und Separatisten, und wenn Sie auf Ihr Budgetrecht so weiter  
sprechen, so arbeiten Sie diesen Leuten in die Hände, das möchte ich verhin-  
dern. Nach alldem kann ich es nur gehissen, daß die Regierung noch  
keine Concessions gemacht hat. In Bezug auf das Amendement des Abg.  
v. Bonin und Genossen möchte ich nicht vertheilen, daß dasselbe einen fruch-  
tbaren Gedanken enthalte, einen Anhalt zur Verständigung bietet, allein so  
wie es gestellt ist, kann ich es nicht annehmen, weil es uns zu einem militärisch-technischen Gutachten nötig, zu dessen Abgabe wir nicht kom-  
petent sind.

Außerdem erscheint mir das Amendement wie ein Bau, der allerlei Hindernisse offen läßt, als ein Vorschlag mit zu vielen Zweideutigkeiten, und  
ich glaube nicht, daß es gut ist, diese hochwichtige Sache auf diesem Wege  
zu erledigen. Nur durch eine geschickte Wendung der Abstimmung im Jahre  
1860 wurde unsere Partei, welche damals den Ausschlag gab, verhindert  
zu bewirken, daß die Kosten für die Neorganisa-  
tion nicht im Ordinarium  
verbilligt wurden. Seitdem ist gegen unseren Willen aus der Frage eine  
reinpolitische geworden, seitdem handelt es sich gar nicht mehr um die Neorga-  
nisa-  
tion, sondern um das Budgetrecht. In den Jahren 1860—1862 ist  
von einer Gefechtverlösung durch die Neorganisa-  
tion durch die Regierung nicht die Rede gewesen. Jetzt ist das Alles anders, man hat die Erfindung  
von Gefechten erlangt Ranges gemacht, Kabinettordnungen werden zu Gefechten  
erhoben, ich muß von uns, wie von der Regierung, den Vorwurf einer falschen  
Auslegung oder Anfechtung der Gesetze ablehnen. Ich möchte Sie an  
die Rede des damaligen Präsidenten (Simson) erinnern, weil ich glaube,  
daß er noch heute auf dem Standpunkt seiner damaligen Auffassung steht.  
(Abg. Simson: Ganz gewiß!) Es war eine Rede, von welcher man nicht  
begreifen kann, wie sie nicht zu einer Verständigung führen konnte, eine  
Rede, durch welche es wie ein Kläng des hohenfrieberger Marches ging.  
(Abg. Simson: Sehr schmeichelhaft.)

Diese Rede kann hauptsächlich in Gunsten der Neorganisa-  
tion vorliegen wird, so hoffe ich, der damalige Präsident und jegliche Abgeordnete  
auch heute noch unterstreichen. Man wird sich doch nicht dagegen verschließen,  
daß die Finanzlage des Staates der Neorganisa-  
tion entgegensteht? Seit  
derner Rede in der Bulle vom 25. Februar zu den direkten Steuern aufzuge-  
ben worden, und die Staatsentnahmen haben sich in einer jede Erwartung  
übertreffenden Weise vermehrt, die Regierung hat den Neorganisa-  
tionsplan mit den laufenden Staatsentnahmen durchgeführt. Nun freilich haben alle  
Redner angefangen von dem Grafen Schwerin herab bis zum Abg. Jung  
(Heiterkeit) gesagt: „Keine Verständigung ohne mein Budgetrecht.“ Mein  
Budgetrecht geht dahin, daß die Regierung sich genau an das Budget hält,  
wie es im Hause beschlossen ist, und bei Überschreitungen vom Hause im  
nächsten Jahre Decharge verlangt. Das ist das Budgetrecht des Landes, und

wenn seit 1862 kein Budget zu Stande gekommen ist, so ist das lediglich  
Ihre Schuld. Der Abg. Twesten hat Ihnen im Jahre 1861 das Alles  
genau vorausgesagt. Man darf es unter keinen Umständen der Regierung  
unmöglich machen, zu regieren. Die Abg. Gneist, Jacoby und Graf  
Schwerin haben jeder ihr eigenes Budgetrecht, am consequenteren steht  
noch der Abg. Jacoby da, denn er nimmt seit zwei Jahren seine Diäten  
nicht, als Minister bat der Graf Schwerin, der jetzt als Abgeordneter be-  
hauptet, die Regierung darf ohne Zustimmung des Hauses keinen Thaler  
ausgeben, die Neorganisa-  
tion vom 1. Januar 1863 bis zum März, wo sein  
Austritt erfolgte, ruhig bestehen lassen. Das, was die Demokratie als ihr  
Budgetrecht anerkennt, das kann die Regierung nicht gewähren. Das Budget-  
recht sollen sie nicht haben, und wenn sie wie rothe Raben sich heiser danach  
schreien! (Anhaltendes Gelächter.)

Präsident Grabow bemerkt, daß die eben gehörte Rede viele persönliche  
Bemerkungen zur Folge haben werde.

Abg. Michaelis: Wenn der Herr Vorredner gefragt hat, welches Bud-  
getrecht die Majorität denn nun eigentlich wolle, ob das des Abg. Simson  
oder das des Abg. Gneist, oder das des Abg. Jacoby, so antworte ich, ihm  
einfach: wir wollen das Budgetrecht der preußischen Verfassung, und der  
herr Vorredner kann nicht beweisen, daß wir das Budgetrecht gegen die  
Verfassung aussuchen. Diese Nichtanerkennung unseres Budgetrechts seitens  
der l. Staatsregierung, das ist das eiserne Band, welches die Majorität dieser  
Hauses zusammenhält, nicht jene Partei-Disciplin, von welcher der Herr  
Kriegsminister gesprochen hat, von der aber in keiner Fraktion der Majorität  
die Rede ist. Der Abg. v. Blaundenburg hat von einem Entweder — Oder ge-  
sprochen, das in der Armeefrage liegen soll, nun, m. h., ich glaube, daß die  
l. Staatsregierung diese Frage auch stets mit einem Entweder — Oder vorge-  
legt hat in einer Form und in einer Weise, die jede Vereinbarung aus-  
schließt, so daß von vornherein es bloß um Annahme, oder Ablehnung zu  
handeln könnte. Wenn ich nun auch der Ansicht bin, daß sobald es sich um  
die Verfassung als solche, um ihre Geltung handelt, es nur ein Entweder —  
Oder geben kann, so meine ich doch, daß bei allen Fragen, welche innerhalb  
der Verfassung liegen, die drei Faktoren der Gesetzgebung nicht auf das Ent-  
weder — Oder, sondern auf den Weg der Vereinbarung und den Versuch zur  
Verständigung angewiesen sind, und daß die l. Staatsregierung diesen Weg  
nicht gesucht und gefunden hat, der ihr in der Verfassung zur Verständigung  
dargeboten wird, das ist ihr großes Unrecht. M. h! Wenn wir die Verfassung  
und die alte preußische Heeresorganisation bejeden, und wenn wir dar-  
auf hingewiesen werden, daß es unter Recht und unsere Pflicht ist, uns auf  
Veränderungen dieser Heeresorganisation einzulassen, soweit sie erforderlich  
sind, um das Vaterland gegen äußere Feinde sicher zu stellen, so werden wir  
uns deshalb doch nicht einzulassen brauchen auf eine Heeresverfassung, welche  
den Bedingungen unserer gegenwärtigen Staatslebens gar nicht entspricht,  
auf eine Heeresverfassung der Zukunft, die gewissermaßen nur möglich ist in  
einem idealen Staate. Man hat an die Katastrophe von 1848 erinnert, man  
hat von einer Fehlgeburt gesprochen, man hat mit der Sozial-Republik ge-  
droht und gemeint, daß wir dermaßen froh sein würden, ihr gegenüber in  
der Armeefrage nichts zu finden.

Ich will weder dem Abg. aus Königsberg, noch dem für Neustettin in  
seinen Ausführungen folgen; ich denke, wir behalten im Auge den Ernst,  
mit dem das preußische Volk die Verfassungsfrage erfaßt hat, wir behalten  
im Auge den ungeheuren Werth der Güter, die unsere Wähler und die Ge-  
schichte uns anvertraut haben und indem wir uns berufen fühlen, in diesem  
Sinne solchen Katastrophen vorzubeugen, müssen wir es zugleich als den  
schwersten Vorwurf für die königl. Staatsregierung bezeichnen, daß sie uns  
nicht zur Ausübung unseres Verfassungsrechtes kommen läßt. M. h.! Ich  
befenne es, ich bin allerdings Optimist gewesen und habe eine Vereinbarung  
für möglich gehalten, aber ich wiederhole, daß die Frage der Armeeforga-  
nization nie in einer Weise vor das Haus gekommen ist, welche gestattet hätte,  
eine Verständigung in Aussicht zu nehmen. Im Jahre 1860 hat das damalige  
Ministerium gesucht, sich in Besitz zu setzen, aber es war doch nur ein  
solcher, den man preußischen Besitz nennt. Das Ministerium verlangte dann  
vor der Majorität des Hauses, daß sie diesen preußischen Besitz durch ihre Zu-  
stimmung in Eigenthum verwandeln. Es erhält diese Zustimmung nicht und  
trat zurück, und nun kommt das gegenwärtige Ministerium und behauptet,  
daß es im Eigenthum sei. Indessen ist es ihm mit dieser Behauptung doch  
wohl nicht ganz Ernst, denn wenn die Bewilligung, welche dieses Haus zu  
ertheilen hat, nicht nothwendig wäre, weshalb wird sie alljährlich nachgefragt?  
Die Staatsregierung liebt es, die Frage so zu stellen, als ob die Concessio-  
nen gehören solle, aber, m. h., die Sache liegt gerade umgekehrt, wir sind  
es, von denen die Regierung Concessions zu erlangen hat, aber diese Con-  
cessions hat sie von uns im Wege der Verständigung zu erwirken, nicht  
durch Befehle zu erzwingen. — M. h! Wenn wir das Gehe, das sie uns  
über die Verpflichtung zum Kriegsdienst jetzt vorgelegt hat, vom ersten Pa-  
rraphen bis zum letzten annehmen, haben wir dann damit die Neorganisa-  
tion bewilligt? Nein! Die Frage über die budgetmäßige Feststellung, die  
Frage über die Cadres bleibt unberührt; es ist nichts verändert, als die  
Verpflichtung der Einzelnen.

Nun frage ich mich, wo liegt der Angelpunkt, um den sich die ganze  
Sache dreht? Es muß doch ein Weg zur Verständigung in der Verfassung  
selbst gegeben sein. — Die bisherige Armeeverfassung, m. h., ist diejenige,  
welche aus einer kleinen Friedensarmee eine große Kriegsarmee konstruiert  
und sie beruht auf der allgemeinen Wehrpflicht. Der Angelpunkt der Frage  
also ist der Friedensstand der Armee, aus dem die Technik des Kriegsminis-  
ters des Kriegsstand zu schaffen hat. Der Herr Kriegsminister wird also  
vor allen Dingen zu sagen haben: mit der bisherigen Friedensarmee komme  
ich nicht aus, ich bedarf einer größeren, und erst, wenn zu der so formulierten  
Forderung dieses Hauses als Vertreter der Steuerkraft des ohnehin mit  
Leib und Blut zum Armeedienst besteuerten Volkes seine Zustimmung er-  
theilt hat, erst dann kann der Herr Kriegsminister mit seinen technischen  
Operativen beginnen, erst dann handelt es sich um die zweite Frage, ob  
jönige Veränderungen der Gesetzgebung nötig sind, um aus dem neuen  
Friedensstand der Armee die für die Unabhängigkeit des Staates nothwendige  
Kriegsarmee zu schaffen. — M. h! Was den Verbesserungsvorschlag  
des Abg. v. Bonin anbetrifft, so freue ich mich aufrichtig, unter demselben  
auch die Unterschrift eines Ministers aus dem Jahre 1860 zu finden; ich  
sehe darin das Anerkenntnis, daß die Minister der neuen Ära denn doch  
nicht den richtigen Weg bei Einführung der Neorganisa-  
tion eingeschlagen  
haben. Denn, m. h., die Verbesserungsvorschläge enthalten allerdings mehr oder  
weniger die Grundzüge der ganzen Neorganisa-  
tion, aber in einer Form,  
welche das Amendiren möglich macht. Sie enthalten die Friedensstärke, die  
Zahl der Cadres und die nötige Interpellation über Friedens- und Kriegs-  
zustand; aber weil das Amendiren dieser Vorschläge möglich ist, was bei  
dem Proiecte der Regierung nicht der Fall, eben deshalb glaube ich, daß  
auf diesem Wege die Verständigung ein erreichbares Ziel werden könnte.

So lange Jahre nun diese Fragen auch discutirt worden sind, es ist in  
der That höchst wunderbar, der hr. Kriegsminister hat uns nie gesagt, daß  
er eine größere Friedensstärke bedürfe. Das Haus hat also diese Frage nie  
discutiren können, und da wundert man sich, daß aus einer technischen Frage  
ein solcher Conflict entstehen kann. — Redner wendet sich nun mehr gegen  
die Ausführungen, welche der Abg. v. Ernsthausen an seine Behauptung  
trat, daß die dem Lande durch den Armeedienst entzogene Arbeitskraft  
durch das Herbeiströmen fremder Arbeiter reichlich ersetzt werde. Zugegeben,  
daß die fremde Arbeitskraft herbeigezogen werde, so sei sie jedenfalls ihrer  
als die einheimische. Die Argumente des Abg. für Mörs erinnerten also  
lebhaft an eine Prinzessin, die sich bei der Theuerung des Brotes wunderte,  
warum die armen Leute nicht Luchen äßen, der sei ja gar zu billig. Im  
Uebrigen komme es doch sehr darauf an, ob die Arbeitskräfte, die herbeige-  
zogen würden, in das System der Arbeit passen, und da möchte man doch  
erwählen, daß die Arbeitskraft in Preußen eine allgemeine sei, und daß sie  
die Arbeitskraft der höchsten, wie der letzten Klasse absorbire. Es sei zu  
verstehen, daß der große König fremde Arbeiter für die Armee angeworben  
habe, um die einheimische beim Blasen lassen zu können, aber die umge-  
kehrte Praxis gut zu beobachten, das kann der Abg. für Mörs doch wohl nicht  
diesem Hause zumuthen, sondern nur dem Ministerium empfehlen, in dessen  
Reihen er sich vielleicht einmal befinden werde. — Redner fährt fort: M. h.  
Ein Bataillon zu viel wird von uns als schädlich anerkannt, so — ein Ba-  
taillon zu wenig mag allerdings auch schädlich sein. Wer soll darüber die

Entscheidung haben? Die Lehnster verlangen auf der einen Seite möglichst  
viel und die Wissenschaft lässt uns auf der andern im Sitzen.

Joh sehe keinen anderen Rath, als den naturgemäßen, daß dem Volke  
selbst die Entscheidung zusteht, jenem Volke, welches weiß, daß es die Unab-  
hängigkeit des Vaterlandes aufrecht zu erhalten hat, jenem Volke, das mit  
vollem Bewußtsein die Lasten und Leiden dieser Pflicht erträgt und dem  
es andererseits auch nicht entgeht, was ihm zu diesem Zweck an Kraft und  
Wermögen entföhrt wird. Und wenn dem Volke die Entscheidung zusteht  
soll, wer anders kann sie aussprechen, als diejenigen, welche im Namen des  
Volkes als seine Vertreter sprechen. Also einfach die verfassungsmäßige Ab-  
stimmung dieses Hauses kann entscheiden, und wenn das Ministerium dann  
glaubt, daß die Vertreter des Volkes mit dieser Abstimmung nicht das ge-  
troffen haben, was das Volk denkt und will, nun, dann ist das verfassungs-  
mäßige Mittel die Auflösung des Hauses; ein anderes Mittel geht es nicht.  
— M. h! Als wir in die gegenwärtige Session eintraten, brachte die Regi-  
erung wieder einen Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienste ein, diesmal mit einer ganz besonderen Concession, nämlich ohne Motive.  
Die zweite Concession bestand darin, daß die Armeeforga-  
nisation in das Budget eingetragen wurde und zwar mit Ziffern, durch welche die dreijährige  
Dienstzeit vollkommen sicher gestellt werden sollte. Ich gestehe, daß ich durch  
diese Art von Concessions mich in der Fassung auf Verständigung nicht  
sonderlich ermutigt fühlte. Es folgte dann die Debatte über den General-  
Bericht der Budget-Commission, in der der Herr Finanzminister eine Rede  
hielt, welche die bekannte Theorie von der Lücke in der Verfassung in mb-  
lichst geschickter Form wiederholte. Der Herr Kriegsminister sagte uns spä-  
ter, daß ihm das letzte Bataillon und der letzte Mann nötig sei, wenn der  
Staat nicht zu Grunde gehen sollte. Dann kamen die Verhandlungen in der  
Commission, wobei der Abg. Stabenbogen die Frage über die Friedensstärke  
des Heeres anregte. Der Herr Kriegsminister gab bei dieser Gelegenheit  
zwei Erklärungen ab. (Redner verliest die betreffenden Stellen aus dem  
Commissionbericht.)

Was geht aus diesen Erklärungen hervor? Die Regierung will sich auf  
eine Feststellung der Friedensstärke allerdings einlassen, aber nur mit dem  
Vorbehalt, daß ihr das Recht zusteht, in jedem Augenblick diese Friedens-  
stärke zu erhöhen. So die erste Erklärung, aus der zweiten könnte man  
füglich entnehmen, daß sie sich das Recht vorbehalte, auch wenn der Krieg  
noch nicht ausgebrochen ist, die Reserven einzuziehen. Da sehen wir also im  
Grunde genommen wieder die erhöhte Kriegsbereitschaft, um welche der ganze  
Conflict ausgebrochen ist, als sie das Ministerium zu einer

eben so gut ein Zeichen des vollen Kraftgefühls sein, und in dem vorliegenden Fall würde sie dazu beitragen, nicht die königliche Macht und das Königreich zu schwächen, sondern es zu stärken, das Königreich, aus dessen ungetümer Hochhaltung die Gegenwart und Zukunft Preußens beruht.

Abg. Reichenberger (für den Commissionsantrag): Nicht ohne Bedauern muß ich mich gegen die Regierungsvorlage aussprechen, nicht als ob ich nicht materiell damit einverstanden — im Geiste — ist der Fall — sondern, weil ich glaube, daß es unbedingt Pflicht der Landesvertretung ist, das ihr zustehende Widerspruchsberecht zu einer faktischen Umgestaltung der bisherigen Militärgesetzgebung nicht aus der Hand zu geben, so lange nicht unbedingt und zweifellos dieses Recht von der Regierung anerkannt wird. Ich bedauere das um so mehr, als mir meine Lage schwerer gemacht worden ist durch die von dieser Seite (links) geäußerten Anschauungen, mit denen ich mich in keiner Weise identifizieren will und kann, mit denen ich mich aber dennoch im Resultat, d. h. in der Verwerfung der Regierungsvorlage übereinstimmen gewünscht bin. Ich lehne mit aller Bestimmtheit die Ansicht ab, mit der bei dieser Gelegenheit ein Redner der Regierung vorgesetzte hat, sie sei, wie er sich ausdrückt, mit unserem Erzfeinde in Verbindung getreten. Ich protestiere dagegen, daß es den dynastischen und staatlichen Interessen Preußens entspricht, mit irgend einem unserer deutschen Nachbarländer in feindlichem Verhältnisse zu leben. Ebenso lehne ich mit Entschiedenheit die Ansicht ab, die hier über die Erkenntnis unserer obersten Gerichtshöfe geäußert worden ist. Der hr. Abg. v. Rieckmann hat zwar seine Behauptung durch den Zusatz zu mildern gesucht, daß die Erkenntnisse nicht gegen, sondern mit Überzeugung der Richter gefasst seien. Aber diese Milderung hat die Sache noch verschlimmert. Gegen die Gewissenlosigkeit der Richter gäbe es noch einen Schutz der Gesetze, aber gegen Dummheit und Vornahme kämpfen Götter selbst vergebens. (Heiterkeit.) Daß einzelne Urtheile der Gerichte einander scheinbar widersprechen, mag sein. Die Gerichte rectificieren sich gegenseitig in ihren Ansichten, aber derartige Entscheidungen müssen auf doctrinärem Wege widerlegt werden, aber nicht durch einen Ausspruch, wie er hier gehabt ist, in welchem ich nur die allerumberechtigste Selbstüberhebung des eigenen Urteils erkennen kann.

Ich verstehe nicht, wie die Regierung, weil sie seit nun 4 Jahren der Landesvertretung ihre Gründe darlegt, sich darum auch bereits für berechtigt hält, nach diesen Gründen tatsächlich zu handeln. Sie vergisst, daß alle diese Gründe immer nur die legere referenda sind (sehr richtig), u. daß ihnen einstweilen die Zustimmung der Landesvertretung fehlt. Dagegen ist sie verpflichtet, die äußersten Versuche zu machen, um zur Ausgleichung des bestehenden Conflicts zu gelangen. Was soll man aber dazu sagen, wenn sie in der Commission erklärt, daß die Regierung es nicht für geboten erachtet könne, ihr letztes Wort zu sprechen? Diese Sprache von einem Factor des Staates gegenüber dem anderen, halte ich für vollkommen ungültig. Die Regierung ist verpflichtet, ihr letztes Wort zu sprechen, sie ist verpflichtet, ihre eigene Überzeugung zur Geltung zu bringen, und nicht allein diesem Hause, sondern auch der Krone gegenüber. (Hört! Sehr richtig!) Denn, m. h., in der Verfassung steht es ausgesprochen, die Minister seien verantwortlich. Daraus folgt aber unmittelbar, daß die Minister der Krone nicht bloss Dienst der Krone ohne eigenen Willen sein können und dürfen, denn nur für freies Handeln kann der Mensch verantwortlich gemacht werden, für die Handlungen eines Anderen aber unmöglich. (Sehr wahr! Bravo!) An der Regierung also liegt es, auch nach oben hin zu sprechen von den Rechten des Landes, und Schritte zu thun, die im Prinzip, wie ich voraussehe, mit der Armeereorganisation nicht unverträglich, im Uebrigen aber geeignet sind, eine derartige Ermäßigung in den jetzigen Forderungen der Regierung herbeizuführen, daß ihre Annahme möglich wird. Möge doch die Regierung sich endlich überzeugen, daß, wenn die Landesvertretung von ihrem Ausgabewilligungsrecht einen übertriebenen Gebrauch machen sollte, sie das nur zu ihrem eigenen Schaden thun kann, und möge sie endlich die Hand bieten zur Verständigung in einer Weise, wie es bisher noch nicht geschehen ist. Andernfalls können wir nur an die Eingangsthür unseres Sitzungssaales die Worte des Dichters sehen: Ihr, die Ihr eintretet, laßt alle Hoffnung draufhen. (Beifall).

Kriegsminister v. Roon: Auf die Auslassungen des Vorredners will ich nicht eingehen, da es mir unerfindlich ist, wohin er eigentlich zielt, wenn er sagt: ich bin mit dem Grundgedanken der Gesetzesvorlage einverstanden, aber ich spreche und stimme dagegen. Motiviert ist dieser Gegenjag nicht worden. Der Vorredner hat Bielefeld gesagt, zu dem ich unbedingt ja sagen kann, wie aber aus dem Conflicte, den er mit der Regierung und mit der Landesvertretung verhorresct, heraus zu kommen sei, das hat er freilich nicht gesagt. (Verwunderung.) Eine einzige Neuherierung läuft wie ein rother Faden durch seine Auseinandersetzung hindurch, dieselbe besteht darin, daß er verlangt, die Regierung solle mit ihren Minimalforderungen hervortreten. Dazu sei sie verpflichtet; er hat das Verlangen dazu vielleicht mit Recht, aber ich glaube, er überläßt, er ignorierte dabei die Stellung, welche die entscheidende Majorität dieses Hauses gegen das Ministerium eingenommen hat, er überläßt, daß die geltende Parole bei dieser Majorität keine andere ist, als „Fort mit diesem Ministerium“ (Unruhe). Es wurde also vorausgesetzt, daß, wenn die Regierung in der That das Ei des Kolumbus gesunden hätte, nichts anderes daraus hervorgehe, als daß auch der richtige und gute Gedanke, der wirklich zur Verfassung führt, weil er von diesem Ministerium ausgeht, in den Staub fällt. (Sehr richtig links.) Es ist also in dieser Beziehung, wie ich glaube, geboten, daß die Regierung die jetzige kluge Zurückhaltung beobachtet, welche sie sich bisher zur Regel gemacht hat.

Ich ergreife indessen die Gelegenheit, mich über den Abänderungsvorschlag des Abg. von Bonin heute etwas ausführlicher auszusprechen, als in der letzten Sitzung, in der ich nur zu sagen hatte, daß ich diesen Antrag noch nicht studirt habe. In gewissem Grade ist das jetzt geschehen. Ich habe mir eine Meinung gebildet über die Bedeutung dieses Antrages. Ich verkenne nicht bloss das Verdienst der verblümten Ansicht, die ich ihm unterlege, sondern dieser Ansicht gegenüber auch die Verpflichtung der Regierung, ihm um deswillen näher zu treten. Ich habe mir eine Ansicht gebildet über die verschiedenen Bestimmungen und Prinzipien, die diesem Vorschlag zu Grunde liegen, ich bin jedoch darüber zweifelhaft, ob man diese Prinzipien und Grundsätze des Entwurfs in der Weise herauslesen wird, als es mir, wie ich glaube, gelungen ist. Ich meine, daß ich den Herrn Antragsteller richtig verstehe — er hat sich näher darüber bis jetzt noch nicht ausgeschrieben — ich meine ihn richtig zu verstehen, ich weiß aber in der That nicht, ob ich mich darin irre. Wenn die Discussion über diesen Vorschlag im Hause eine breitere Basis gewonnen haben wird, dann werde ich erkennen, ob meine Letzte dieses Vorschlags mit dem richtigen Verständniß stattgefunden habe. (Große Sensation und andauernde Unruhe.)

Abg. v. Binde: Ich kann nur aufrichtig bedauern, daß die Neuherungen des Hrn. Kriegsministers erkennen lassen, daß derselbe sich mit dem Antrage v. Bonin noch nicht hinlänglich vertraut gemacht hat. Es wäre möglich gewesen, daß andere Erklärungen des Kriegsministers die Sache soweit hätten fördern können, um den Antrag in erwünschter Weise noch einmal an die Commission zurückzuverweisen. Zur Sache selbst erkläre ich mir nur, darauf zu verweisen, daß die Leistungsfähigkeit des Hauses nicht gegen die Reorganisation spricht, welche an andererseits bei der jetzigen politischen Lage nicht zurückweichen kann. Die Ansichten des Abg. Jacoby werden schwerlich im Hause, ganz gewiß aber im Lande gar keinen Anhang finden, sie wurzeln in dem Boden eines demokratischen Idealismus, der kaum in Amerika Boden hat. Wir stehen vor der Aufgabe, die Gegenseite des Rechtsstaates und des Militäretats auszugleichen, der höchsten Aufgabe für einen Compromiß. Ein Entgegenkommen des Ministeriums ist und bleibt wünschenswert, und der Ausspruch des Kriegsministers, daß jeder Gedanke daran vor der Parole „Fort mit diesem Ministerium“ zurücktrete, trifft nicht zu.

Kriegsminister v. Roon: M. h.! Ich habe aus den Eingangsworten des Hrn. Vorredners entnehmen zu sollen geglaubt, daß ich weniger gesagt habe, als ich gesagt zu haben glaubte. Deshalb sage ich meiner Auslassung von vorher noch einige Worte hinzu. Die Regierung kann auch ihrerseits aus dem Bonin'schen Amendement die Möglichkeit einer Verständigung ableiten, wenn es von der Majorität dieses Hauses so verstanden wird, wie von ihr; auch die Regierung, festhaltend an den Tendenzen ihres eigenen Gesetzesvorschlags, glaubt in dem des Abg. v. Bonin mehrere Punkte zu finden, über welche sich in diesem Sinne verhandeln ließe. Ein Mittleres — aber auch nicht weniger — habe ich nicht sagen wollen. In diese Verhandlungen selbst einzutreten, muß ich mir für jetzt versagen (Unruhe).

Abg. Birchow: Die Bemerkungen des Hrn. Kriegsministers sind gewiß auf allen Seiten des Hauses gleich unverständlich, zumal der Antrag des Abg. v. Bonin so uncorrect gesetzt ist, daß man allerlei hinein- und herauslesen kann. Wir z. B. rechnen heraus, daß er der Regierung dieselbe Zahl von Mannschaften und Offizieren läßt, die sie durch die Reorganisation bereits hat. Nur begreife ich nicht, warum der Hrn. Kriegsminister, der gern militärische Gewohnheiten auf die Debatte überträgt und verschänzt, von seinem Platz aus Angriffe auf dies Haus richtet, eine so verlaufsläufige und verfaßte Erklärung über den Bonin'schen Antrag abgibt. Wie aber soll die Majorität dazu kommen, einen so unklaren Antrag anzunehmen? Die zweijährige Dienstzeit ist daraus gestrichen, die Bissern sind dieselben wie im Reorganisations-Entwurf der Regierung. Gestatten Sie auch mir von der Vertretung des Hauses zur Vorlage zu sprechen, wie es der Hrn. Kriegs-

minister seit einiger Zeit regelmäßig tut. Ich, m. h., betrachte nun einmal den Herrn Kriegsminister als die Seele dieser ganzen Frage und der Bewegungen, welche sie hervorgerufen. Sein Herr Amtsvoigänger hat die Frage nicht so offen hingestellt, sei es, daß er vor ihr zurückgetreten oder durch sie befeitigt worden ist. Ich will heute nicht sprechen von den Mitgliedern der conservativen, — ich will sagen, der conservativen Partei (Heiterkeit) und ihrer Stellung zur Frage, sondern nur von den Verhältnissen, die der Minister vorgefundet. Wenn die Regierung aus Gründen mancher Neuherungen seitens der liberalen Partei im Jahre 1861 die Reorganisation für durchführbar halten konnte, so hat doch der Hrn. Kriegsminister sich unwiderleglich dahin gekauft, daß er die Einrichtung als eine noch nicht definitiv gewordene allenfalls noch zurückzunehmen könne.

Mit diesen beiderseitigen Unclarheiten sind Majorität und Kriegsminister allmählich in die seitdem gewachsenen Schwierigkeiten hineingerathen. Der Hr. Kriegsminister liebt es, uns Hintergeübten unterzuschieben; aber ich darf wohl behaupten, daß es niemals eine Mehrheit gab, die so offen dem Lande gefragt hat, was sie will und nicht will, als die unsrige. Und keine Partei-Disciplin geht b. i. der besten Geschicklichkeit so weit, daß jedes Partei-Mitglied seine Neuherungen nur nach dem Partei-Programm einrichtet. Es ist wahr, die Fortschrittspartei und man kann sagen, die Majorität führt auf dem Programm vom 9. Juni 1861, das jedoch in Bezug auf die Militärfrage keine Deutung zuläßt. (Redner verliest die bestätigten Stellen.) Nun, in diesem Programm ist die erhöhte Aushebung bei zweijähriger Dienstzeit zugestanden, also Concession gegen Concession. In ihrem späteren Aufrufe, nach der ersten Auflösung des Hauses im Jahre 1862 hat sich die Fortschrittspartei in gleicher Weise offen und bereitwillig ausgesprochen. (Redner verliest auch hier die betreffende Stelle.) Der Hr. Kriegsminister kann nun zwar sagen, daß dieses Programm für die einzelnen Mitglieder der Partei nicht bindend sei, dann aber muß er auch eingestehen, daß die eisernen Bande, in denen die Majorität dieses Hauses durch die Parteidisciplin gehalten werden sollen, nur in seiner individuellen Überzeugung existiren. Das eiserne Band, das uns alle zusammenfügt, ist lediglich die Macht der Überzeugung von dem, was dem Lande nothwendig und unentbehrlich ist. Der Hinweis, daß die einmütige Majorität des Hauses und Landes nur darauf beruht, daß die Regierung vor ihr mit dem Festhalten an ihren Prinzipien auf die Dauer nicht bestehen kann, ist die einzige starke Waffe, welche das Haus in diesem Kampfe hat.

Den Argumenten, welche der Kriegsminister sachlich aufstellt, werden wir nur sachlich zu begegnen wissen. Den Zusammenhang, den der Kriegsminister zwischen der Frage der Reorganisation und dem Budgetrecht erbracht, kann ich nicht zugestehen. Das Budgetrecht ist der erste Hebel für die Hanhabung der Verfassung, und es war unberührt geblieben, bis der Kriegsminister eintrat. Man kann auch nicht mit dem Kriegsminister sagen: der Interpret des Gesetzes ist der König; man kann nur sagen: der Interpret des Gesetzes ist der Gesetzgeber. Aber wer ist der Gesetzgeber? Das Gesetz von 1814 ist von dem absoluten Könige Friedrich Wilhelm III. gegeben; des jetzt regierenden Königs Majestät aber ist ein constitutioneller König; er ist also Gesetzgeber in Gemeinschaft mit dem Landesvertretung. Reorganisation und Budgetrecht hängen zusammen mit der fälschlichen Interpretirung eines Gesetzesparagraphen. Läge nun der Regierung daran, aus dieser fälschlichen Interpretirung herauszukommen, so ließe sich ja mit ihr verhandeln. Aber das Ministerium ist öffentlich mit dieser ungefährlichen Reorganisation; es kann und will sie eben nicht gesetzlich machen, und darum kann die Regierung nicht mit uns unterhandeln. Warum sollte denn mit uns nicht eben so gut ein Vertrag zu Stande kommen können, wie mit einer auswärtigen Regierung, die ja doch auf einem ganz fremden Boden steht? Warum kommt die Regierung mit ihren letzten Forderungen nicht heraus, wie wir die unrichtig klar gelegt haben?

Von finanzieller Seite aus betrachtet, halte ich die Lasten der Reorganisation, wie sie die Regierung will, für völlig unerschwinglich. Der Kriegsminister fragt freilich, welche Steuern denn eingeführt seien, um die Reorganisation möglich zu machen? Er leugnet, daß die Grundsteuer dazu verwendet werden, aber die Thronrede von 1862 und unzählige andere Reden constatiren dies ausdrücklich. Und sind es keine neuen Steuern, wenn die bestehenden mit jedem Jahre höher hinaufschrauben werden? Und sind nicht alle Staatseinrichtungen nur bei guter Verwaltung haltbar? Ich citiere Ihnen aus einem Buche des Herrn Kriegsministers eine Spanne betreffende Stelle, in der gesagt wird, daß trog erhöhte Einnahmen des Staates die Einrichtungen des Heeres die Finanzlage des Staates belasteten und an den Rand des allgemeinen Ruins brachten. (Hört, hört!) Der Hr. Kriegsminister sollte doch auch die Consequenz ziehen, daß nur die freie Arbeit des Volkes die Entwicklung seiner Größe fördert, daß er den nationalen Bedürfnissen, der täglich wachsenden Bildung Concessions machen muß, daß bei uns die Dienstzeit eher verkürzt werden kann, wie da, wo ein rohes, ungebilliges Material zur Verwendung kommt. Ich meine, die Erfahrungen mit den einjährigen Freiwilligen sprächen dafür. Ich meine, daß politisch die Redorganisation unserer früheren Heeresverfassung aufgehoben hat. Das eigentliche Grundprinzip der Heeresverfassung von 1814 ist ein demokratisches. Der Hs. gegen die Landeswehr, der sich immer steigerte und endlich darin geführt habe, daß es eine verrotte Institution wurde, dieser Hs. rührte eben von jener demokratischen Grundlage, die man befreit will, habe.

Die Herren von jener Seite machen uns einen Vorwurf daraus, daß wir von Volksbemächtigung sprechen; wir thuen das eben nur im Sinne jenes Gesetzes von 1814. Die Bewaffnung der Nation darf freilich nicht gegen die Nation gerichtet werden, sonst entsteht der Conflict; so lag die Sache in den Jahren 1848 und 1849. Wenn ich nun dem gegenüber die Reorganisation ins Auge fasse, so reproduzire ich die Bemerkung des Herrn Kriegsministers, daß wir eigentlich kein stehentes Heer hätten, und die Offiziere das eigentliche, bleibende Element bilden; gerade deshalb aber scheint mir die Reorganisation bedenklich, denn die Zahl der Offiziere wird ja dadurch vermehrt.

Wie finde der Meinung, daß hier ein Grund liegt, die Stellung der Landeswehr aufzubessern dadurch, daß man die Landeswehr-Offiziere heranzieht; die Regierung würde auch so viele Mannschaften der Landeswehr heranziehen können, um die älteren Jahrgänge zu schonen. Und was nun die Sprungertigheit anbetrifft, so habe ich wohl im vergangenen Jahre bei schwierigen Milizen, bei Gelegenheit der Revolution in Genf, gefunden, wo die Bataillone vierundzwanzig Stunden nach ihrer Berufung bereits schlachtfertig auf den Eisenbahn waren. — Meine Herren! Die moralischen Erroberungen, welche man einst gemacht hatte, scheint man heute gern gegen andere Erroberungen vertauschen zu wollen; aber, meine Herren, eine Erroberung, die nicht zugleich auch eine moralische ist, ist darum keine ganz vollständige, und daß unsere moralischen Erroberungen nicht durch unsere Offiziere (ich spreche nicht von der Gesamtheit, sondern von vielen Einzelnen) gemacht, sondern daß uns dadurch vielfach geschadet werden, darüber brauche ich nicht zu sprechen. Die Scheidewand zwischen dem Corps und der nationalen Entwicklung muß fallen. Darum stimmen wir, die wir auch die Wehrhaftigkeit des Volkes stärken wollen, gegen die Reorganisation. Wir wollen eine verstärkte Aushebung, wir wollen, daß jeder Mann, der fähig ist die Waffen zu tragen, dazu ausgebildet werde, gleichviel, ob er das rechte Maß hat oder dahinter zurückbleibt. Aber wir wünschen, daß das in Form geschiehe, die verträglich sind mit den vom Volke aufzubringenden Kosten und übereinstimmen mit der Entwicklung, die sich in der Gesamtheit des Volkes vollzieht. (Beifall.)

Das Haus beschließt die Verdagung der Discussion bis morgen und der Präsidient ertheilt das Wort zu einer langen Reihe persönlicher Bemerkungen, die wie er vorhergesagt, durch die Rede des Abg. v. Blandenburg veranlaßt worden sind. Abg. Simson versichert, daß er kaum den Egel überwinden könne, mit dem ihm die missverständliche Auffassung des Budgetrechtes, die er kürzlich im Hause dargelegt, erfüllt habe. Seine Wähler, die er persönlich kaum kenne, habe er nicht gefaßt, da er über die Reorganisation heute genau so denkt, wie am ersten Tage, er habe auch niemals eine Adressse von ihnen erhalten. Die Abg. v. Hoberbeck und Twesten bemerkten ziemlich übereinstimmend, daß, wenn ihre Prophetezeiungen in Bezug auf das Verhalten der Regierung in der Reorganisationstragödie in Erfüllung gegangen seien, dies nicht als eine Rechtfertigung derselben zu betrachten; vielmehr hätten sie schon im ersten Stadium des Conflicts vorausgesagt, daß die Verfassungs-Berlebungen unvermeidlich eintreten würden. Abg. Jung: Das Verhältnis der bürgerlichen und adeligen Offiziere, wie es Herr von Blandenburg angebe, beweise eben das Mißerhältnis der beiden Elemente. Uebrigens sei ein Unterschied zwischen Adel und Adel. Von Minister von Stein bis herauf zum Abg. v. Blandenburg liege eine Kluft wie zwischen Neuzeit und Mittelalter, wie zwischen einem für die Ideen der Zeit bewegten patriotischen und einem lediglich vom Standesinteresse erfüllten Herzen.

Abg. v. Bonin: Die Angriffe des Abg. v. Blandenburg stimmten wörtlich mit der geistigen Nummer der „Kreuzzettung“ überein. Er und seine Partei ständen nicht isoliert im Hause da, sondern sie gehörten zu den großen liberalen Majoritäten, deren rechten Flügel zu bildeten. Abg. v. Rieckmann behauptet mit seiner Bemerkung über den höchsten Gerichtshof nur eine Thatade konstatirt, nicht eine Kritik seiner Erkenntnisse gefügt zu haben, zu der er sich so wenig wie irgend jemand im Hause befugt glaube. Herr v. Blandenburg habe es belagt, daß eine solche Bemerkung von einem höheren Justizbeamten gemacht worden sei; daß sei aber nicht seine Schuld,

sondern die eines viel höheren Justizbeamten, der einen solchen Zustand herbeiführt. Abg. Graf Schwerin: Den Abg. v. Blandenburg wolle er bei Seite legen. (Heiterkeit.) Dem Abg. Michaelis bemerkte er, daß er trotz der Unterzeichnung des Bonin'schen Antrages noch heute wünsche, die Reorganisation vollständig durchzuführen. Dem Abg. Birchow erwiderte er, daß das preußische Offizierscorps in sozialer, wissenschaftlicher und militärischer Beziehung keinem Offizierscorps in Europa nachstehe. (Auff. persönlich!) Wenn Überbelebungen einzelner Offiziere nachtheilig gewirkt, so hätten andre Fälle hinreichend bewiesen, daß der Geist des Corps den moralischen Erroberungen nicht entgegen sei.

Präsident Grabow: Der Abg. Graf Schwerin habe die Grenze einer persönlichen Bemerkung nicht überschritten, da zur Zeit der neuen Aera jeder von dem Gedanken der moralischen Erroberungen ergriffen gemein sei. Deshalb habe er geglaubt, ihm die Bemerkung gestatten zu müssen. (Heiterkeit.)

Abg. Birchow: Er habe nicht geglaubt, daß das Ministerium Schwerin die Ansicht gehabt habe, moralische Erroberungen mit Offizieren zu machen. Nachdem noch der Abg. v. Blandenburg replizirt, wird die Sitzung 4½ Uhr geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr. (Tagesordnung: Fortsetzung der Lit. Debatte.)

[Von dem Abg. Jung] ist uns folgende Erklärung zugegangen:

Ich habe in der Sitzung vom 29. April gesagt: „Da wird gesprochen in dem Kreisblatte von den Erleichterungen, die den Kreisen widerfahren würden, indem sie keine Cavalleriepieße mehr zu stellen hätten, was denselben jährlich 340,000 Thlr. etwa kostet habe. Aber meine Wähler wünschen schon, um welchen Preis diese Erleichterung erlaubt werden soll, nämlich um den von 18 neuen Cavallerie-Regimentern, welche 2,750,000 Thlr. jährlich kosten.“ Daß der Stabschef des Hrn. Commissars der Regierung: daß sei leider nicht wahr, es sind nur 13 Regimenter und 8 Schwadronen errichtet, keine Widerlegung enthält, ergiebt sich von selbst. Seine übrigen Bemerkungen erledigen sich für jeden Leser des Zeitungsberichtes von selbst. G. Jung.“

Berlin, 2. Mai. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allerdings geruht: Allerhöchstbirem Oberhof- und Hausmarschall, Intendanten der königlichen Schlösser und Ober-Stallmeister, Wirklichen Geh. Rath Grafen v. Büdler, den königl. Kronenorden erster Klasse mit dem Ehrenbande des rothen Adlerordens mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; und dem Staatsanwaltsgesellen Müller in Altenkirchen den Charakter als Staatsanwalt zu verleihen.

Der Notariats-Candidat Carl Theodor Müller in Köln ist zum Notar für den Friedensgerichtsbezirk Schleiden im Landgerichtsbezirk Aachen, mit Anweiung seines Wohnsitzes in Stolberg, ernannt worden.

Berlin, 2. Mai. [Se. Majestät der König] nahmen den Vortrag des Polizei-Präsidenten entgegen, empfingen im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten die militärischen Meldungen und arbeiteten demnächst mit dem Militär-Cabinet.

Neues Palais, 2. Mai. [Ihre k. Hoheiten der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] empfingen gestern Früh den Lieutenant Schulz vom 2. Garde-Landwehr-Regiment, welcher sich von seiner in Schleswig erhaltenen Blessur wiederhergestellt melde.

Nachdem die höchsten Herrschaften sich auf dem Anhaltischen Bahnhofe bei Ihrer Majestät der Königin von Bayern, welche Berlin wieder verlassen, verabschiedet hatten, begaben Höchstdienselben sich mit dem 2 Uhr-Zuge nach Potsdam, wohin die kronprinzipiellen Kinder schon um 12 Uhr gefahren waren.

Ihre königl. Hs. nehmen von heute an den Sommeraufenthalt im Neuen Palais. (St. Anz.)

Gewinne der 4. Klasse 131. Lotterie. (Bziehung vom 2. Mai.) A. Aus dem Staats-Anzeiger.

317. 42. 60 (100). 400. 22. 77. 612. 88. 763. 819. 63. 33. 141. 42.  
491. 629. 41. 721. 36. 37. 842. 54. 58. 939. 80 (100). 34. 101. 34. 45.  
58. 312. 34 (100). 63. 97 (100). 490. 540. 76. 88. 648. 53. 784. 864.  
72. 965. 95. 35. 029. 45 (100). 48. 51. 89 (100). 104. 56. 92. 103. 8.  
54 (100). 67. 508. 50. 66 (100). 97 (100). 633. 700. 3. 36. 52. 72. 73.  
811. 46. 73. 95. 954. 89. 92. 36. 015. 66 (100). 83. 96. 117. 30 (100).  
58 (100). 466. 651. 700. 832. 943. 37. 028. 73. 130. 68. 218. 359  
(100). 453. 637. 726. 59. 67. 72. 78. 97. 812. 35. 54. 73. 96. 967.  
83. 92. 38. 014. 57 (100). 210. 31. 45. 312. 58. 99. 473. 591. 642.  
83. 711. 52. 92. 932. 39. 165. 239. 305. 49. 55. 518. 38. 628. 32.  
52. 704. 80. 81. 839 (100). 56. 59. 62. 75. 84. 86 (100). 966. 99.

**40.047.** 94. 102. 43. 67. 327. 95. 499. 501 (100). 2. 30. 646. 82.  
728 (100). 44. 54. 860. 924. 30. 31. 59. 67. 73. 41. 059. 109. 27. 249.  
56. 342 (100). 65. 425. 34 (100). 95. 538. 98 (100). 659. 719. 26. 48.  
66. 83. 836. 46. 95. 909. 40 (100). 95. 42. 086. 97. 155. 63 (100). 74.  
407. 9. 26. 525. 51. 65. 73 (100). 612. 53. 869. 77. 960. 81. 43. 033.  
109. 28. 36. 50. 74. 210. 42. 370. 403. 9. 98. 601. 22. 53. 722. 830.  
32. 61. 914. 63. 76. 44. 061. 77. 138. 57 (100). 208. 79. 305. 11. 32.  
79 (100). 424. 46. 65. 94 (100). 523 (100). 53. 630. 35. 59. 73. 81. 87.  
725. 813. 19. 86. 911. 54. 45. 062. 75. 212. 24. 33. 63. 68. 310. 71.  
510. 611. 13. 31. 834. 84 (100). 920. 80. 46. 073. 81. 90. 201. 41. 85.  
377. 96. 409. 27. 502. 41. 80. 611. 33. 86. 99. 815. 945 (100). 47. 089.  
148. 54. 59. 238. 354. 465. (100). 604. 725. 822. 71. 95. 963.  
48. 052. 151. 82. 302. 12. 13. 24. 46. 61. 436. 548. 91. 643. 44. 60.  
69. 84. 759. 817. 32 (100). 916. 49. 022 (100). 58. 183 (100). 237.  
303. 38. 602. 704 (100). 10. 36. 807. 936.

**50.020.** 63. 66. 87. 171. 73. 76. 279. 314 (100). 58. 74. 449.  
62. 70. 505. 784. 804. 85. 974. 51. 060. 77. 171. 212. 21. 307.  
26. 35. 58. 71. 418. 80. 578. 620. 26. 830. 65. 72. 97. 909. 39. 70.  
80. 88. 52. 054. 72. 7. (7). 208. 83. 393 (100). 425. 48 (100). 78 (100).  
91. 512. 44. 88 (100). 665. 79. 88. 707. 44. 84. 822. 87. 553.  
53. 005 (100). 17. 73. 102. 45. 91. 452. 81. 535. 624. 40. 707. 27. 74.  
857. (100). 76 (100). 943. 95. 54. 000. 46. 152. 56. 65. 215. 26. 30.  
319. 77. 428. 61. 81. 553. 97. 632 (100). 86. 749. 888. 90. 922. 54.  
61. 55. 029 (100). 148. 73. 99. 254 (100). 84. 319 (100). 45. 63. 84.  
434. 512. 89. 624. 40. 43. 83. 737 (100). 47. 59. 894. 997. 56. 139.  
235. 303. 40. 488. 575. 694. 822. 92. 94. 57. 028. 32 (100). 115 (100).  
216. 50. 85. 377. 403. 9. 510. 64. 81. 82. 602. 12 (100). 51. 704. 58.  
85. 800. 66. 71. 93. 972. 58. 007. 92. 251. 388. 408. 19. 509. 53.  
66. 70. 79. 611. 24. 43. 90 (100). 750. 64. 870. 98 (100). 962 (100).  
72. 94. 59. 024. 73 (100). 153. 98 (100). 228. 69. 323. 40. 69. 405.  
21. 61. 73. 504. 20. 40 (100). 603. 11. 33. 76. 85. 703. 23. 82. 845.  
51. 56. 76.

**60.060.** 175. 293. 323. 34. 404. 41 (100). 43. 45. 61. 525. 73.  
94. 700. 805. 50. 71. 942. 61. 074. 89. 94. 159 (100). 206. 74. 332.  
461. 70. 93. 501. 8. 10. 49. 602 (100). 50. 55 (100). 71. 789. 868.  
928. 70. 62. 007. 9. 84. 171. 201. 15. 29. 71. 333. 476. 503. 48. 624.  
716. 20. 21. 827. 65. 902. 81. 95. 63. 045. 57. 182. 205. 323. 43. 60.  
92. 459. 74. 532. 99. 708. 43 (100). 55. 888. 49. 55. 84. 901. 67. 79.  
64. 008. 71. 113. 61. 83. 283. 330. 80. 517. 52 (100). 90. 604. 6. 29.  
744. 65. 083. 95. 207. 16. 349. 419. 31. 37. 42. 569. 627. 31. 33. 64.  
782. 807. 66. 082. 130. 35. 63. 74 (100). 265. 71. 415. 33. 38. 51. 61.  
539. 642. 77. 81. 781. 89 (100). 895. 942. 60. 67. 012. 17. 87. 88.  
140. 77. 95. 245. 74. 310. 16. 41. 86. 411. 49. 548. 58 (100). 601. 4.  
788. 837. 924. 68. 014. 36. 162. 77. 377. 433. 513. 25. 676. 712.  
875. 956. 96. 69. 045. 65. 140. 216. 66 (100). 70. 98. 327. 50. 68. 567.  
608. 87 (100). 99. 805. 15. 34 (100). 50. 926. 97.

**70.105.** 210. 377. 89. 414 (100). 519 (100). 613. 19. 31. 50.  
733. 814. 51. 71. 034. 68. 178. 201 (100). 13. 18. 66. 300. 8. 21. 48.  
476. 544. 80. 660. 63. 741. 835. 917. 72. 07. 156. 76 (100). 85. 214.  
50. 95. 320. 58. 70. 481. 588. 637. 742. 842. 43. 925. 73. 115. 19.  
41. 54. 296. 98. 346. 96 (100). 419. 52. 78. 79. 92. 623. 787. 93. 978.  
97. 74. 007. 104. 32. 47. 230. 50. 378. 435. 541. 57. 600. 70. 770.  
75. 020. 61. 172. 82. 203 (100). 45 (100). 349. 88. 475. 509. 698 (100).  
701. 14. 31. 40. 77. 852. 53. 56. 76. 017. 27. 37. 90. 128. 62. 395 (100).  
408. 20. 25. 66. 589. 754. 847. 960. 77. 041. 143. 60. 214. 19. 59.  
85. 338. 533. 99. 653. 54. 705. 36. 50. 94. 925. 78. 053 (100). 61. 71.  
395. 419. 511. 62. 92. 686. 711. 16. 19. 851. 936. 97. 79. 004. 133.  
35. 200. 17. 40. 57. 314. 21. 406. 10. 508. 14 (100). 48. 746. 62. 816.  
58. 80. 943. 80.

**80.007.** 21. 33. 40. 126. 43. 68. 209. 78. 330. 415. 35. 518.  
628. 35. 729. 75. 998. 81. 095. 138. 93. 224. 48. 333. 502. 600.  
23. 73. 889. 904. 82. 010 (100). 71. 99. 129. 80. 89. 326. 56. 464.  
83. 730. 889. 934 (100). 83. 061. 208. 324. 55. 98. 475. 529. 614.  
63. 745. 851. 954. 84. 057. 188. 139. 82. 244. 98. 363. 500. 637.  
941. 85. 006. 255. 385. 452. 81. 538. 611. 58. 702. 833. 39. 46. 73.  
86. 025. 90. 97. 119. 220. 309. 79. 439. 55. 513 (100). 52. 74. 96.  
636. 92. 749. 78. 804. 66. 90. 901. 82. 91. 87. 001. 69. 103. 87.  
212. 50. 82. 508. 42. 53. 92. 99 (100). 658. 746. 879. 84. 958. 69.  
88. 063. 76. 85. 101. 57. 67. 234. 358. 441. 68 (100). 52. 46. 55.  
646. 52. 87. 96. 709 (100). 43. 69. 89. 046. 49 (100). 81. 98 (100). 100.  
22. 202. 53. 387. 90. 96. 412. 506. 17. 60. 780. 832. 53. 62.  
972. 75.

**90.101.** 5. 29. 44. 90. 289. 326. 474. 524. 69. 76 (100). 859.  
66. 902. 10 (100). 14. 91. 095. 208. 62. 78. 98. 327. 46. 82. 478. 591.  
651. 83 (100). 91. 725. 27. 45. 66. 868. 92. 012. 77 (100). 78. 84 (100).  
102. 24. 242. 57 (100). 309. 56. 64 (100). 403. 39 (100). 647 (100).  
90. 756. 72. 817. 51. 949. 93. 031. 64. 99. 174. 220. 471. 501. 28.  
30. 64. 77. 80. 757. 58 (100). 878. 943. 94. 005 (100). 167. 86. 200.  
4. 66. 340. 48. 418. 44. 97. 561. 96. 637. 76. 82 (100). 738. 810. 91.

**Nakel,** 30. April. [Wiederwahl.] Hier ist der von den Stadtvorordneten zum Stadtrath erwählte, von der Regierung jedoch nicht bestätigte Apotheker Weise bei der jetzt vorgenommenen Neuwahl wieder gewählt worden.

### Deutschland.

**Wiesbaden,** 28. April. [Die nassauische Staatskrise] dauert an. Die clerical Minorität der zweiten Kammer führt fort, sich der Pflicht der Wahlprüfung zu entziehen, so daß sich die Kammer nicht konstituieren kann. Der Regierung-Director billigt die Gründen der Clericalen und hat kein Wort der Missbilligung hinsichtlich ihrer Arbeits-Einstellung. Er erklärt das Ganze für einen „inneren Conflict der zweiten Kammer“, den diese selbst lösen möge. Wie aber eine beschlußfähig gemachte und in ihrer Constitution gehinderte Kammer einen Conflict lösen soll, ist schwer zu begreifen, denn sie hat faktisch aufgehört, zu existieren. Der Präsident derselben hat daher am 26. d. M. ein Schreiben an die Regierung gerichtet, worin er deutlich auffordert, dem unter diesen Umständen völlig zwecklosen Zusammensein des Landtags ein Ende zu machen und auf verfassungsmäßigem Wege dafür zu sorgen, daß die Volksvertretung wieder fungieren könne. Letzteres könnte entweder durch Auflösung und Neuwahl des ganzen Landtags geschehen, oder dadurch, daß die Sitz der Repräsentanten für erledigt erklärt werden. Die Regierung aber scheint sich zu nichts entschließen zu können. Sie verlangt Bewilligung der Steuern von einer factisch gar nicht mehr vorhandenen Volksvertretung. Der Herzog ist mit seinen Adjutanten nach einer Auerhahn-Jagd abgereist. Die erste Kammer hatte zu Anfang April eine sehr loyale Adresse auf die Thronrede votirt, welche nur eine Umschreibung der letzteren war. Sie hatte schon am 6. d. M. „unterhänig“ angefragt, wann Se. Hoheit gerufen wollten, die mit Überreichung der Adresse beauftragte Deputation gnädigst zu empfangen“; sie hat darauf heute, nach drei Wochen, noch keine Antwort erhalten. Die zweite Kammer hatte bekannt beschlossen, von der Erlassung einer Adresse abzusehen. Die liberalen Mitglieder beider Kammern werden erklären, daß sie auf ihrem Posten ausharren werden, aber, da sie durch die Regierung und deren Anhang, die Clericalen, verhindert sind, zu arbeiten, jeden Bezug von Plänen u. s. w. (dessen sich die „Arbeits-Einsteller“ erfreuen) für ihre Person zurückweisen.

**Wiesbaden,** 1. Mai. [Zum Staatsconflict.] Die liberalen Mitglieder der zur Steuerbewilligung vereinigten beiden Kammern haben die heutige Sitzung durch ihr Ausbleiben unmöglich gemacht.

### Italien.

**Turin,** 29. April. [Das italienische Abgeordnetenhaus]

hat heute seine Arbeiten mit einem sehr charakteristischen Zuge beendet. In der vorletzten Sitzung hatte das Cabinet den Gesetzentwurf zur Abschaffung der religiösen Corporationen zurückgezogen; in der Schlussitzung nun beklagte sich Mellana über die Zurücknahme dieses Entwurfes und bemerkte dazu, daß noch gestern (28. April) Abend in einer Partei-Versammlung der Majorität beschlossen worden sei, die von ihr gestellten Anträge zurückzuziehen; dies habe aber doch zu keiner Vereinbarung mit dem Cabinet in Bezug auf die Bestimmung der Kirchengüter geführt; in letzterem Punkte sei das Cabinet starr geblieben. Sella erklärte hierauf, das Cabinet habe sein Möglichstes gethan, um das Gesetz durchzubringen; es könne jedoch keine Concessione machen, welche über die 1855 vom italienischen Parlament gefassten Beschlüsse hinausgingen. Das Haus gab sich damit zufrieden und schritt zum Schlusse der Session. Die Sache ist aber die, daß weder das Cabinet noch das Haus den Mut haben, in diesem Augenblick den König zu drängen, da dieser um jeden irgend möglichen Preis sich mit dem Papste wieder auf vertrauten Fuß setzen will. Wie wir aus turiner Correspondenzen deutscher Blätter sehen, war diese Wendung längst kein Geheimnis mehr, und man darf wohl sagen, daß Cabinet und Majorität die Parlamentsverhandlungen in Turin mit einer puren Komödie geschlossen haben. Dazu kommt die Demütigung, daß für Rom nach wie vor Italien nur ein geographischer Begriff ist, indem Begezzi nur als Bevollmächtigter „Piemonts“ im Vatican Zulässigkeit erhielt. Die Augsburger „Allg. Zeit.“ bringt in Übereinstimmung mit italienischen Blättern folgende Auskünfte: „Man rechnet in Rom noch immer auf die katholische Gestaltung des Hauses Savoien und glaubt, wenn es nur einmal gelänge, über rein kirchliche Angelegenheiten Italiens eine Verständigung zu erzielen, so würde der Boden gegeben sein, um auch in politischer Beziehung zu Zugeständnissen zu gelangen. Andererseits sollen clericale Einflüsse in Turin diesem Gedanken Rom vorgearbeitet haben und nach den schmerzlichen Erfahrungen der turiner Stürme auf das Gemüth des Königs nicht ohne Einfluß geblieben sein. Man nahm sogar die Zuversichten gegen Cardinal d'Andrea für ein Zeichen

P. Aus dem Kiesengebirge, 28. April. [Arbeiter-Zuzug.] Gebirgsbahn, Hunderte von böhmischen Arbeitern zogen in den jüngsten Tagen über den Kamm des vom Schnee beinahe ganz befreiten Gebirges, um beim Bau der Gebirgsbahn Arbeit zu nehmen. Dabei herrschte Mangel an Arbeit, und Überfluss an Not und Feiertagen. Viele Fabriken in Böhmen sind geschlossen, und haben ihre Arbeiter entlassen. Auf der Reise hielten mancher der selben um einen Gehrsenf oder einen Bissen Brot, um die Gabe bald nach ihrem Empfang im "Stockhaus" wieder abzuliefern, und den Drang nach Stillung des Hungers mit Gefangenstrafe von einem oder zwei Tagen zu büßen. Wenn berichtet wird, daß die Gebirgsbahn zwischen Görlitz und Neiße am 1. Juli d. J. den Verkehr übergeben werden wird, so kann dies nur als Gerücht betrachtet werden, denn jede Begründung fehlt. Möglich wäre es wohl, aber nicht wahrscheinlich.

M. Lublinitz, 1. Mai. [Chausseen.] Der ziemlich milde April hat seine Natur doch nicht verleugnen können, indem er uns gestern in der Früh noch einige Schneeflocken als Lebewohl zufand. Wenn auch die Aussicht, die rechte Oderquerbahn unseres Kreis berühren zu sehen, in weite Ferne verdrängt worden, so haben wir doch ein Surrogat in einer neuen Kreis-Chaussee erhalten. Es ist nämlich dem Proiect einer Chaussee von Lublinitz über Koschentin nach Ludwigsthal, zum Anschluß an die von dort über den Grenzort Woitsdorf in den beuththafte Kreis führende, vom Herrn Grafen Guido Händel von Donnersmark auf Neudek gebaute Chaussee, die allerhöchste Genehmigung ertheilt, die Emission von 20,000 Thlr. à 5 % verzinslichen Kreisobligationen und eine Staatsprämie nach dem Sache von 8000 Thlr. pro Meile bewilligt worden. Die Ausführung soll nächstens in Angriff genommen und bis zum Jahre 1867 vollendet werden. Die ganze Länge der Chaussee beträgt circa 3 Meilen, der Bau soll dem Vernehmen nach der königl. Baumeister Wedner hierstellt, der bereits die Kreis-Chaussees Lublinitz-Baraditz und Lublinitz-Herby zur Vollendung gebracht hat, leiten. Rühmend anerkannt zu werden verdienst die Öfferten des Herrn Grafen Guido Händel auf Neudek, welcher eine fast eine Meile betragende Strecke (von Ludwigsthal bis Erdmannshain), deren Kosten doch über 15,000 Thlr. betrugen dürften, gegen eine Kreis-Beihilfe von nur 9000 Thlr., auszubauen übernommen hat, so wie der Dominien Koschentin, Wiersbie, Czieschowa und Sodom, auch der Stadtcommune Lublinitz und der Gemeinde Koschentin, welche sich ebenfalls zu entsprechenden unentgeltlichen Leistungen und baaren Beihilfen bereit erklärt haben. Die Gesamtkosten des Baues sollen auf 55,400 Thlr. veranschlagt sein, und ist, nach Anrechnung der Staatsprämie, der Öfferten und anderer Beiträge, noch die Ausgabe von 20,000 Thlr. Schuldenabreibungen erforderlich. Heute hat in Guttentag das Kreis-Gesetz-Gehäft begonnen und wird am 9. Mai in Lublinitz beendet. Der zur Fortschreibung der neuen Grund- und Gebäudesteuer ernannte Katasterbeamte für den biegen Kreis ist in der Person des königl. Feldmessers von Pelchrzim bereits in Function getreten.

Breslau, 2. Mai. [Handwerker-Verein.] Der auf dem Programm für gestern angezeigte Vortrag Dr. M. Elsner's hat verschieden werden müssen, und hielt statt dessen Herr Sekretär Koehn einen Vortrag über Edelsteine, resp. "Diamantenschleifer", die er sowohl durch Abbildungen als durch Zeichnungen auf der Wandtafel erläuterte, und der er eine kurze Mittheilung über Natur und Vorkommen der Edelsteine und die Geschichte der berühmtesten Diamanten (Cobinoor, Regent, Pitt &c.) beiführte. Nach Beendigung des Vortrages erhielt Sprachlehrer J. Caro das Wort, um sich persönlich gegen die jüngst in seiner Abweesenheit im Verein erhälteten Angriffe zu verteidigen, welche seine Stellung zur Sklavenfrage betrafen. Dem Vorstehenden dankte der Sprecher für die tadellose Art und Weise, womit derselbe ihn in Schuß genommen habe. — R. Simon wies in seiner Vertheidigung darauf hin, daß es den Grundlagen der Moral nicht entspreche, eine solche Frage von dem praktischen Standpunkt statt von der Humanität zu beurtheilen. Nippert beilegte mit, daß er sich um Erlangung eines billigeren Eintrittspreises zur Ausstellung der Maschinen bemüht, in deß seine Bestrebungen, als deren Erfolgsfolge ihm klar geworden, aufzugeben, weil eine Bettelei, die es dann nur gewesen sein würde, des Vereins unwürdig sei. — Sekretär Koehn machte schließlich noch einige, die Unterredung betreffenden Anträge. Der Beiden-Unterricht wird demzufolge, da Herr v. Kornatzki wieder genehmigt ist, am Sonntag Vormittag von 8 bis 9½ Uhr wieder aufgenommen werden. Bogen zur Einfeierung sind an der Controle ausgelegt. Kaufmann D. Silberstein's Unterricht über Buchführung für Frauen und Mädchen wird nach Uebereinkunft mit den Theilnehmerinnen von 6 bis 8 Uhr Abends eingerichtet werden. Total: Sonnenstraße Nr. 7. Den Schlus mache die Einleitung zur nächsten Versammlung der bisherigen dellamatorisch-musikalischen Section, Sonnabend, den 6. v. M., Abends, bei Pietsch; dieselbe wird sich nun, da sie an den geselligen Sonntags-Zusammenkünften der Vereinsmitglieder einen passenden und wirtsamem Nachfolger gefunden, aufstellen, und ihr Eigenthum (Bibliothek &c.) dem Verein überweisen. Die gesellige Zusammenkunft am künftigen Sonnabend wird mit Tanzvergnügen verbunden sein. — Für den Sommer wird die Vergnügungs-Commission statt der "gesellschaftlichen Zusammensetzung" Vereinszusammenkünfte veranstalten.

Bri. g. 30. Apr. [Vorlaub-Verein.] General-Versammlung am 26. Apr. Der Schatzmeister, Herr Stadtrath Majdorff, erstattete den 5. Jahresbericht für das Jahr 1864. Nach denselben ist in diesem Jahre: die Zahl der Mitglieder von 343 auf 406 gestiegen. — Vorschüsse wurden in 532 Posten im Betrage von 38,696 Thlr. gewahrt, und 419 abgelaufene Vorschüsse im Betrage von 24,416 Thlr. auf neue Fristen prorogiert, dagegen im Laufe des Jahres 30,443 Thlr. abgelaufene Vorschüsse zurückgezahlt. — Am Zinsen für Vorschüsse und Prorogationen wurden 1,292 Thlr. zum Zinsfuß von 8½ p.C. vereinnahmt, dagegen 319 Thlr. für aufgenommene Darlehen an Zinsen geahnt, mithin ein Überschuß von 973 Thlr. erzielt, welcher sich durch extraordinaire Einnahmen bis auf 990 Thlr. erhöhte. — Die Verwaltungskosten incl. des Beitrages an das Anwaltschafts-Büreau und direkte Remuneration betragen 306 Thlr. Nach Abzug dieser Kosten verblieb ein Rein-gewinn von 684 Thlr., von welchem den Mitgliedern auf ihr dividendenberechtigtes Capital 13½ p.C. und 4 Sgr. zum Thlr. mit 335 Thlr. und 5½ p.C. Zinsen für den Mehrbetrag ihres Guthabens mit 28 Thlr. gutgeschrieben, den Überrest von 121 Thlr. aber dem Reservefonds zugeschrieben werden soll. Das Guthaben des Mitglieder ist im Jahre 1864 von 5,031 Thlr. auf 8,053 Thlr. gestiegen, ebenso der Reservefonds von 188 Thlr. auf 268 Thlr. Der Betriebsfonds besteht aus 9,057 Thlr. eigenem Vermögen und aus 7,495 Thlr. aufgenommenen Darlehen. (Oberblatt.)

A. Neuenbach, 1. Mai. [Feuerrettungsverein.] Der Gewerbeverein "Museum" hat in seiner letzten Sitzung den Beschuß gefaßt, eine Aufforderung zu einer allgemeinen Versammlung beaufsichtigt Bildung eines Feuerrettungsvereins, zu erlassen und die Turnvereine in Reichenbach und Einsdorf besonders zu der Versammlung einzuladen. Nochmals nehmen wir hier Veranlassung, unsere Bürgen aus die Notwendigkeit einer anderen Reorganisierung unseres Feuerlöschwesens aufmerksam zu machen.

#### Substationen im Mai.

Reg.-Bez. Breslau.  
Breslau, Grundstück Nr. 14 der Al.-Scheitingerstraße, abg. 11,950 Thlr. 5. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
— Grundstück Nr. 21 der Ufergasse, abg. 6115 Thlr. 4. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
— Grundstück der Schweidnitzer-Vorstadt Vol. IX. Fol. 249, abg. 6502 Thlr. 29. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Poln. Wartenberg.  
Poln.-Wartenberg, Haus Nr. 9 der poln. Vorstadt, abg. 1930 Thlr. 4. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Poln. Wartenberg.  
Döhrnburg, Grundstück Nr. 71 u. 15, abg. 1230 Thlr. 5. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Wohlau.

Gabiz, Grundstück Nr. 13, abg. 13,927 Thlr. 9. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
Glatz, Grundstück Nr. 9 zu Müglitz, abg. 777 Thlr. und Grundstück Nr. 72 zu Glatz, abg. 3365 Thlr. 9. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Glatz.  
Freiburg, Haus Nr. 243 B, abg. 5582 Thlr. 11. Mai 11 Uhr, St.-Ger. Commission Freiburg.  
Neudorf-Commende, Grundstück Nr. 215, abg. 3937 Thlr. 24. Mai 11½ Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
Nieder-Tannhausen, Mühlgrundstück Nr. 32, abg. 3741 Thlr. 20. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Waldenburg.  
Breslau, Grundstück Nr. 5 der Grünstraße, abg. 24,420 Thlr. 27. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Breslau.  
Nieder-Hermisdorf, Hofhaus Nr. 54, abg. 5184 Thlr. 20. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Waldenburg.  
Freiburg, Haus Nr. 30, abg. 1948 Thlr. 22. Mai 11 Uhr, St.-Ger. Commission Freiburg.

Regier.-Bezirk Liegnitz.  
Arnstadt, Gärtnerei Nr. 10, abg. 1400 Thlr. 6. Mai 11 Uhr, St.-Ger. Comm. Politz.

Nothenburg, Grundstück Nr. 128, abg. 1730 Thlr. 2. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Rothenburg.  
Hermannsdorf, Ritterbauergut Nr. 8, abg. 1805 Thlr. 11. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Zwenzau.  
Böhlwinkel, Häuslerstelle Nr. 2, abg. 2084 Thlr. 9. Mai 3 Uhr. Nachm.  
St.-Ger.-Comm. 1. Hainau.  
Jauer, Haus Nr. 134, abg. 1022 Thlr. 8. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Jauer.  
Hennersdorf, Baueramt Nr. 48, abg. 9080 Thlr., sowie Parzelle 47, abg. 560 Thlr. 12. Mai 9 Uhr, St.-Ger. Lauban.  
Sagan, Haus Nr. 352, abg. 3864 Thlr. 16. Mai 12 Uhr, St.-Ger. Sagan.  
Mengelsdorf, Gartennahrung Nr. 6, abg. 1180 Thlr. 3. Mai 10 Uhr, St.-Ger. Comm. Reichenbach O/S.

Görlitz, Grundstück Nr. 1163, abg. 3261 Thlr. 15. Mai 11½ Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Görlitz.  
Zehnbeutel, Häuslernahrung Nr. 4, abg. 1233 Thlr. 12. Mai 11 Uhr, St.-Ger. Comm. Halbaw.

Gleiwitz, Haus nebst Adler Nr. 149, abg. 35,660 Thlr. 18. Mai 11½ Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Gleiwitz.  
Haus Nr. 45/46, abg. 13,108 Thlr. und Haus Nr. 117, abg. 2901 Thlr. 18. Mai 11½ Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Gleiwitz.

Lohau, Bestellung Nr. 48, abg. 2200 Thlr. 4. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Rosel.

Gogolin, Grundstück Nr. 170 und 206, abg. 3374 Thlr. 9. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Gr.-Strehlik.

Fallau, Häuslerstelle Nr. 36, abg. 1111 Thlr. und Grundstück Nr. 99, abg. 44 Thlr. 30. Mai 11 Uhr, St.-Ger.-Comm. Karlsruhe.  
Mecheln, Halbäckerstelle Nr. 20, abg. 1095 Thlr. 12. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Rosel.

Ober-Glogau, Haus Nr. 51 der Schloßgasse, abg. 2276 Thlr. 24. Mai 11 Uhr, St.-Ger.-Comm. 1. Bez. Ober-Glogau.

Brzezinka, Belebung Nr. 207, abg. 2140 Thlr. 20. Mai 11 Uhr, St.-Ger.-Comm. Myslowitz.  
Kl.-Gläsen, Mühle Nr. 12, abg. 15,597 Thlr. 27. Mai 11 Uhr, St.-Ger. 1. Abth. Leobschütz.

Ob.-Radlin, Baueramt Nr. 28 (Miteigenthum), abg. 1390 Thlr. 29. Mai 11 Uhr, St.-Ger.-Comm. Loslau.

#### Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grad, Barometer, Lufttemperatur, Windrichtung und Stärke, Wetter.  
Breslau, 2. Mai 10 Uhr. Ab. 334,66 + 6,6 SD. 2. Heiter.  
3. Mai 6 Uhr. Mrg. 334,51 + 3,4 SD. 1. Woltig.

Breslau, 3. Mai. [Wasserstand.] O.-P. 15. f. 7. 8. U.-P. 2. f. — 3.

Wien, 1. Mai. [1860er Staatsloose.] Bei der heute stattgehabten Nummernziehung der 1860er Staatsloose wurden nachstehende Treffer ausgelost: 800,000 Fl. gewinnt Serie 7046 Nr. 12; 50,000 Fl. gewinnt Serie 13,262 Nr. 14; 25,000 Fl. gewinnt Serie 435 Nr. 6; je 10,000 Fl. gewinnen Serie 12,980 Nr. 12 und Serie 17,899 Nr. 7; je 5,000 Fl. gewinnen Serie 808 Nr. 14; Serie 1063 Nr. 4 und 14; Serie 3011 Nr. 15; Ser. 3697 Nr. 7 und 17; Ser. 6906 Nr. 8; Serie 7046 Nr. 11; Ser. 8386 Nr. 16; Ser. 11,123 Nr. 17; Ser. 14,719 Nr. 9; Ser. 14,787 Nr. 11; Ser. 15,044 Nr. 1 und Ser. 16,609 Nr. 15; je 1000 Fl. gewinnen Ser. 435 Nr. 12; Ser. 578 Nr. 11; Ser. 3011 Nr. 10; Serie 5253 Nr. 14; Ser. 6419 Nr. 3; Serie 7046 Nr. 2; Serie 1123 Nr. 8 und 18; Serie 11354 Nr. 7; Serie 11568 Nr. 3; Serie 12118 Nr. 2; Serie 12200 Nr. 15; Serie 12324 Nr. 20; Serie 13262 Nr. 1 und 6; Serie 14040 Nr. 13; Serie 14625 Nr. 16; Serie 14787 Nr. 3; Serie 16142 Nr. 7; Serie 16298 Nr. 11; Serie 16609 Nr. 19; Serie 17233 Nr. 18; Serie 17360 Nr. 17; Serie 17899 Nr. 9; Serie 18371 Nr. 16 und 18.

Alle anderen Nummern, welche in den am 1. Februar 1865 gezogenen Serien enthalten sind, wurden mit 600 Fl. verlost, und werden sämtliche Gewinne am 1. August 1865 ausbezahlt.

Stettin, 2. Mai. In der heutigen Generalversammlung der Stargard-Posen Eisenbahn-Gesellschaft teilte der Vorstehende mit, daß der Verwaltungsrath mit der Abtragung der Bahn gegen eine feste Rente von 4½ % einverstanden sei. Geno erklärte der Staats-Commissarius, daß auch die Oberschlesische Bahn dem mit ihr dieserhalb abgeschlossenen Vertrage zugesimmt habe und daß die Genehmigung der Regierung erfolgt sei, sowie daß eine außerordentliche Generalversammlung befußt Ratifizierung des Vertrages bald folgen dürfe. Das ausscheidende Verwaltungsrathsmitglied, Banquier Abel, wurde mit Acclamation wiedergewählt. (B. B. 3.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Paris, 2. Mai. Nachm. 3 Uhr. Die Börse war im Allgemeinen unbefriedigt und flau, die Liquidation der Eisenbahn-Aktien wenig schwierig. Die 2proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 3proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 4proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 5proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 6proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 7proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 8proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 9proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 10proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 11proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 12proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 13proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 14proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 15proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 16proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 17proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 18proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 19proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 20proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 21proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 22proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 23proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 24proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 25proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 26proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 27proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 28proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 29proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 30proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 31proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 32proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 33proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 34proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 35proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 36proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 37proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 38proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 39proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 40proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 41proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 42proz. begann zu 67, 45, wich bis 67, 35 und schloß ziemlich matt zur Notiz. Die 43proz. begann zu 67, 45